

Bildung | 28.03.2025 | Nr. 87/25

Martin Balasus: TOP 25+26: Für ein länderübergreifendes Vorgehen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

sehr geehrte Damen und Herren,

Lehrer haben vormittags Recht und nachmittags ... genau: Unterricht, Vorbereitung, Nachbereitung, Elterngespräch, Konferenz oder Hefte zu korrigieren.

Die Arbeit für die Schule endet weiß Gott nicht mit dem Klingelzeichen. Es war zwar schon immer so, dass viele Tätigkeiten der Pädagogen den Nachmittag bestimmten.

In diesen Zeiten aber besonders: Multiple Krisen erschüttern das Land, die Schülerschaft wird immer heterogener – sprachliche Hürden, übermäßiger Medienkonsum, Bewegungsmangel, Migrationstraumata, soziale Härten – dazu häufig eine wachsende Anspruchshaltung der Eltern und auf der anderen Seite Desinteresse oder eine Ablehnungshaltung gegenüber Autoritäten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Schule muss heute immer mehr von dem auffangen, was zuhause nicht geleistet werden kann. Unsere Lehrkräfte leisten tagtäglich Großes – dafür danken wir ihnen. Heute sprechen wir darüber, wie wir den zunehmenden Herausforderungen, denen Lehrkräfte sich ausgesetzt sehen, begegnen können. Die SPD schlägt eine Einführung von Arbeitszeitmodellen und eine Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften vor. Hintergrund ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes, das alle Arbeitgeber verpflichtet, die Arbeitszeiten vollständig zu erfassen. Dies dürfte bei Lehrkräften nicht ganz leicht werden, denn bislang werden nur die zu unterrichtenden Stunden vorgegeben. Wieviel weitere Zeit eine Lehrkraft in ihren Job investiert, ist unklar. Das Ganze ist sicher auch von Fach zu Fach, von Klassenstufe zu Klassenstufe und von Person zu Person – man denke an den individuellen Anspruch – sehr verschieden.

In Bremen soll nun nach den Sommerferien eine Pilotphase zur Arbeitszeiterfassung beginnen, der Personalrat dort ist dafür, die sozialdemokratische Bildungssenatorin Frau Aulepp hält dies für zu früh – zu viele Fragen seien noch zu klären.

Nur ein Beispiel für eine offene Frage: Wie soll eigentlich mit den Ferien umgegangen

werden, also mit der unterrichtsfreien Zeit?

Derzeit finden intensive Gespräche auf KMK-Ebene statt und Studien und Projekte laufen: In Sachsen wird beispielsweise seit diesem Schuljahr die Arbeitszeit erhoben; die Telekom-Stiftung widmet sich ebenfalls in einem Projekt der Suche nach einer praktikablen Lösung, mit dem Ziel, die Arbeitsorganisation zu verändern: Hieran ist übrigens auch SH beteiligt.

Sinnvoll ist es, die Erkenntnisse aus Studien und Pilotversuchen wie in Bremen nach Abschluss auszuwerten, im Bildungsausschuss zu besprechen und dann ggf. Schlüsse daraus zu ziehen.

Und wenn es eine Neuregelung geben sollte, so kann es doch nur ein abgestimmtes Vorgehen der Länder sein. Gemeinsam sollte ein Weg über die KMK beschritten werden, schließlich betrifft diese Frage alle Länder gleichermaßen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um den Herausforderungen im Bildungswesen zu begegnen, widmen wir uns intensiv der Frage, wie sowohl neue Lehrkräfte gewonnen als auch der Beruf attraktiver gestaltet werden kann.

Schleswig-Holstein setzt dabei nicht auf das Prinzip top-down, sondern auf die Vorschläge der Allianz für Lehrkräftebildung, also auf ein Expertengremium aus den relevanten Stakeholdern. Aus diesem Prozess resultierten bereits drei Handlungspläne mit diversen Einzelmaßnahmen. Nur ein komplexes Maßnahmenbündel kann der richtige Weg sein: Abordnungen an andere Schulformen, Fortbildungen für Vertretungen, StudienPfad Grundschul-Mathe, Sonderzuschläge im Referendariat und die Übernahme von Umzugskosten gehören z.B. dazu. Außerdem wurde der Aspekt der Arbeitsgesundheit in den Handlungsplan aufgenommen.

Mit unserer Allianz sind wir bereits gut aufgestellt. Eine neue, weitere brauchen wir nicht.

Weitere Maßnahmen sollen den Prozess der Lehrkräftegewinnung flankieren. So wird daran gearbeitet, Vertretungskräfte langfristig in Schulen zu beschäftigen und weiter zu qualifizieren. Denn sie leisten vielerorts einen wichtigen Beitrag zum Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen.

Des Weiteren soll der Direkteinstieg für das Lehramt an Grundschulen und Gemeinschaftsschulen umgesetzt werden und die Anerkennung von ausländischen Lehramtsqualifikationen einfacher werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nur mit einem komplexen Bündel aus Einzelmaßnahmen können wir neue Kräfte gewinnen und erfahrene Kräfte halten. Lassen Sie uns diesen Weg konsequent

weitergehen.